

# Die Eurokrise und die Krise des ökonomischen Urteilsvermögens\*

Eine Erklärung der Grundlagen der Währungsunion, der Bedeutung der Inflation und der Lohnstückkosten in Form eines Wirtschaftskrimis. Der Autor macht deutlich, dass Hauptursache für die Eurokrise nicht das Ausgabeverhalten der südlichen Länder, sondern die Sparpolitik Deutschlands ist.

von Heiner Flassbeck



**Professor Dr. Heiner Flassbeck** ist Wirtschaftswissenschaftler. Er war von 1998 bis 1999 beamteter Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen und von Januar 2003 bis Ende 2012 Chef-Volkswirt (Chief of Macroeconomics and Development) bei der UNO-Organisation für Welthandel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf, wo er aus Altersgründen ausschied. (Wikipedia)

[www.flassbeck.de](http://www.flassbeck.de)

Man muss den Dingen folgen, die nun mal vorliegen, das ist Ihr tägliches Geschäft. Ich werde Sie bitten, ein Urteil zu fällen über das, was im Euroraum passiert ist. Ich gebe Ihnen ein paar Informationen, sozusagen als Sachverständiger vor Gericht, und Sie müssen dann urteilen. Ich will Ihnen aber auch erst mal die Möglichkeit geben, Ihre Vorurteile abzuspeichern, damit Sie hinterher überprüfen können, ob Ihre Vorurteile richtig oder falsch waren. Dazu habe ich schon mal ein paar Verdächtige ausgewählt, die schuld daran sein könnten, dass es dem Euro schlecht geht. Dem Euro geht es in der Tat sehr schlecht. Dabei ist die Krise in Athen vielleicht nicht das einzige Problem. Es gibt ein viel tiefer liegendes Problem, und das will ich heute Abend mit Ihnen analysieren. Dazu muss man sich Gedanken machen, was diese Währungsunion eigentlich ist, warum wir eine Währungsunion gemacht haben und warum diese Währung jetzt wirklich schwer angeschlagen ist – vielleicht sogar tödlich verletzt, sodass sie die nächsten Jahre nicht überleben wird, und das auch im Zusammenhang mit dem großen Zustrom von Flüchtlingen, also extrem unruhigen Zeiten. Wir können uns nur wünschen, dass wir dieses Problem, das ich heute Abend schildere, dieses eigentlich überschaubare Problem lösen können. Nur bisher gibt es wenig Ansätze dazu.

Es gibt jetzt so ein paar Bewegungen auf der Ebene der europäischen Kommission, die versuchen, durch Vorschläge für neue Regulierungen dahin zu kommen, dass die Dinge vernünftig laufen können. Aber es ist noch nicht so weit, und es wird eine extrem spannende Frage sein, ob die Zeit ausreicht, die der Euro noch hat, um über die nächsten Jahre zu kommen. Denn das Zeitfenster, das Window of Opportunity, schließt sich jetzt ganz schnell. In einem Monat wählt Spanien, da kommt wahrscheinlich eine sehr instabile Situation heraus – wie in Portugal gerade, wo ein Staatspräsident verhindert, dass die Mehrheit die Regierung bildet. Ich will darauf jetzt im Einzelnen nicht eingehen, aber das sind solche Folgen: wie z. B. die Eurogruppe in Griechenland verhindert hat, dass eine Regierung das tut, was sie tun wollte. Jetzt wird schon einen Schritt vorher verhindert, dass überhaupt eine Regierung gebildet wird, die etwas anderes tun will als bisher vorgesehen war. Das sind sehr bedenkliche Zeichen, und wie gesagt: Das Window of Opportunity schließt sich sehr schnell. Im Frühling 2017 wird in Frankreich eine Nationalversammlung gewählt und im Oktober 2017 ein neuer Präsident – oder eine Präsidentin, und dann haben wir in Europa mit Sicherheit ein ganz großes Problem, und dann ist Europa ganz schnell am Ende.

\* Vortrag beim 41. Richterratschlag am 30.11.2014 in Ismaning

Wir müssen also nicht nur überhaupt begreifen, sondern wir müssen ganz schnell begreifen – aber bisher sind die Erfolge sehr begrenzt.

Ich habe gerade gestern in einem Vortrag ein schönes Beispiel erwähnt: Japan war vor etwa 25 Jahren in einer ähnlich deflationären Situation wie Europa jetzt, und wie lange haben die japanischen Regierungen gebraucht, um zu erfassen, was passiert ist? Ziemlich genau 23 Jahre. Das ist kein schlechter Recognition Lag. Und darum geht es auch heute Abend: Warum ist das so schwer zu begreifen? Dahinter stehen in den meisten Fällen ganz tief sitzende Vorurteile, vor allem bei meinen Kollegen Ökonomen, die schwer zu knacken sind, weil ein ganzes ökonomisches Gerüst darauf steht. Und wenn man da einen Pfeiler wegnimmt, dann kracht das Gerüst zusammen. Deshalb wehren sie sich natürlich mit Händen und Füßen dagegen.

Ich will Ihnen kurz erklären, was Währungsunion bedeutet, damit wir sehen können, was die Währungsunion uns angetan hat. Wozu haben wir eine Währungsunion in Europa geschaffen? Vorher gab es ein europäisches Währungssystem, wo zwischen den einzelnen Währungen Wechselkurse geändert wurden. So hat zum Beispiel Italien, das weiß jeder Italiener, ab und zu abgewertet. Warum war das nötig? Damit sie wieder besser exportieren können. Warum waren die Exportmöglichkeiten eingebrochen? Weil die Inflationsrate zu hoch war, nämlich höher als die in Deutschland. In Italien gab es 7 oder 8 % Inflation, in Deutschland vielleicht nur 2 %. Und wenn das ein paar Jahre so geht, hat das Land mit der hohen Inflationsrate ein Problem, weil seine Preise für den Export zu hoch werden. Mit einer Abwertung der Lira war man wieder konkurrenzfähig. Das ist im Kern immer noch das Problem, um das es geht. Aber nun haben wir uns ja entschlossen, keine nationalen Währungen mehr zu haben. Das haben wir gemacht, weil irgendwann die Länder – insbesondere Frankreich und Italien – sich entschieden haben, wie Deutschland nur 2-3 % Inflation und nicht mehr zuzulassen. Das ist in der Tat nicht besonders schwer. Und wenn man eine identische Inflation hat, braucht man keine unterschiedlichen Währungen mehr, denn es

gibt ja das Problem nicht mehr, das zur Notwendigkeit der Abwertungen führte.

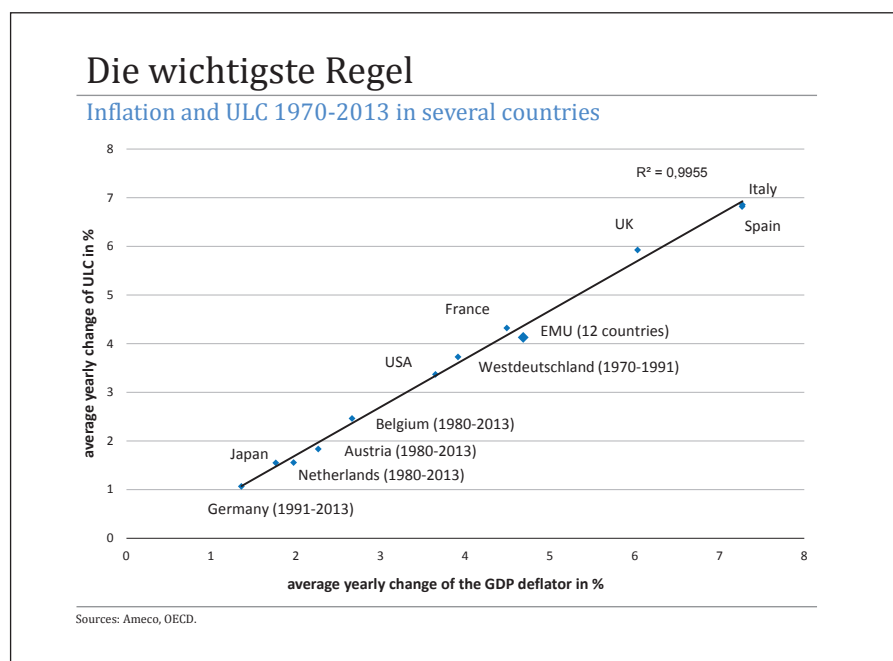
Also hat man sich zur Währungsunion entschlossen. Was ist eine Währungsunion? Das ist eine Union von Ländern, die sich darauf geeinigt haben, eine gemeinsame Inflationsrate zu haben. Punkt.

Eine Währungsunion hat zum Beispiel nichts damit zu tun, was Frau Merkel fest glaubt: dass die Länder alle gleich viele Urlaubstage haben müssen. Im Bundestag hat sie neulich gesagt, dass die Griechen erheblich mehr Urlaubstage haben als wir. Das ist vollkommen uninteressant. Auch das Renteneintrittsalter ist in Frankreich niedriger als in Deutschland – auch das ist vollkommen uninteressant. Auch dass manche Länder ärmer sind als andere, ist uninteressant. Dass sich die Leute in manchen Ländern lieber an den Straßenrand setzen und Rotwein trinken als in Deutschland und nicht so gerne schuften, ist unerheblich. All das ist für die Währungsunion uninteressant. Wenn wir das schon mal begriffen hätten, wäre das ein kleiner Schritt zur Erkenntnis. Wenn wir das schon mal kommunizieren würden in den großen deutschen Leitmedien – Spiegel, Süddeutsche und so weiter, dann wäre schon etwas gewonnen.

Damit die Länder eine gemeinsame Inflationsrate haben, haben sie dafür eine Institution geschaffen: die Europäische

Zentralbank. Sie haben zentralisiert und haben die eigenen Zentralbanken aufgegeben, was diese Funktion angeht.

Nächste Frage: Woher kommt denn die Inflation? Wenn wir das wissen, wissen wir auch, warum es die Probleme gegeben hat. Das ist eine der großen ökonomischen Fragen, scheinbar schwer zu beantworten oder unbeantwortet. Die meisten Ökonomen sagen, sie hängt an der Geldmenge. Wenn zu viel Geld ins System kommt, dann gibt es Inflation. Die EZB pumpt Geld ins System wie verrückt, was kommt hinten raus? Inflation. Komisch: Die Japaner haben so viel Geld ins System gepumpt, das kann man sich hier überhaupt nicht vorstellen. Wenn Mario Draghi das hier machen würde, würde er sofort zurück nach Italien geschickt. Und was ist herausgekommen in Japan? Deflation. Das ist aber einer der Bausteine des Maastricht-Vertrages: der feste Glaube daran, dass die Geldpolitik die Inflation bestimmt. Das nennt man Monetarismus. Der Ökonom dahinter war Milton Friedman. Aber inzwischen haben wir festgestellt, dass dieser Monetarismus vollkommen falsch ist. Und das bin nicht nur ich, der das festgestellt hat. Alle großen Zentralbanken, die EZB, die Federal Reserve in New York, die Bank of Japan, die Bank of England, keiner glaubt mehr an den Monetarismus. Wir haben also den entscheidenden Pfeiler, auf dem Maastricht steht, über Bord geworfen. Aber wir haben ihn nicht aus dem Maastricht



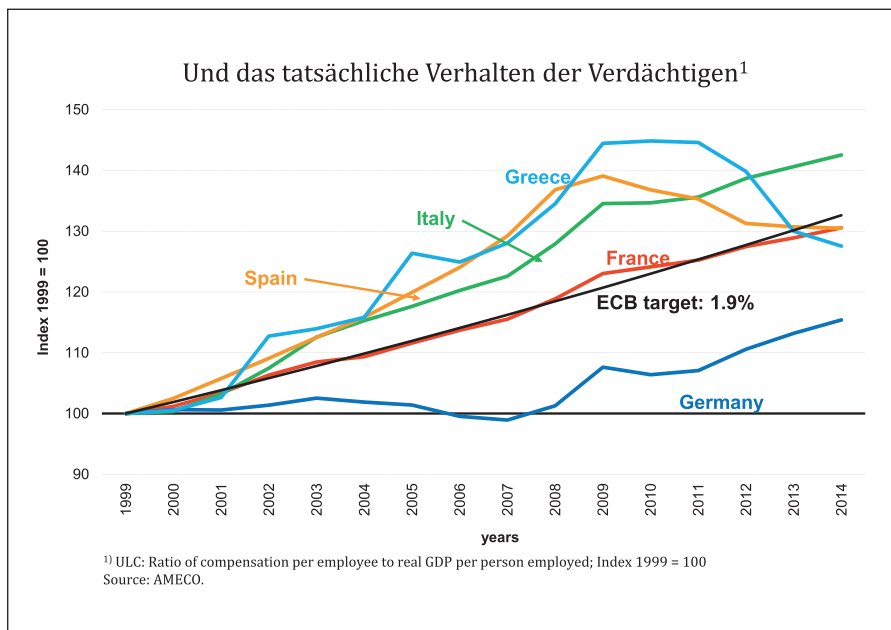
Vertrag entfernt. Man hätte den Vertrag ändern müssen, nachdem man eingesehen hat, dass diese These falsch war. Das ist eines der Probleme, an denen wir ganz fundamental kranken.

Nun will ich Ihnen zeigen, was wirklich zur Inflation führt. Die EZB hat ein Inflationsziel von 2 % festgelegt. Das ist das alte deutsche Ziel, und die andern haben sich daran angepasst. Und hier kommt jetzt das, was die Inflationsrate in allen Ländern der Welt bestimmt: Unit Labour Cost, ULC. In Deutschland sagt man Lohnstückkosten. Das sind die Löhne im Verhältnis zur Produktivität. Wenn also z. B. die Löhne um 5 % steigen und die Produktivität um 3 % ist die ULC 2. Was man also gemeint hat, aber nicht so in den Maastricht-Vertrag hinein geschrieben hat, ist der Satz:

Jeder hat sich bei der Steigerung der Löhne so an seine Produktivität anzupassen, dass am Ende die Löhne 2 % über der eigenen Produktivität liegen.

Denn nur dann können alle auf Dauer eine Inflation von 2 % haben. Und: Das Problem, das zu den notwendigen Abwertungen der Währung z. B. in Italien geführt hat, ist erledigt: Wenn alle eine Inflation von 2 % haben, wird keiner automatisch teurer und keiner automatisch billiger. Damit hätten wir das Problem weitgehend gelöst. Jetzt müssen wir nur noch fragen: Wie war es denn tatsächlich? Damit können wir dann den Schuldigen identifizieren und Sie können ihn verhaften lassen.

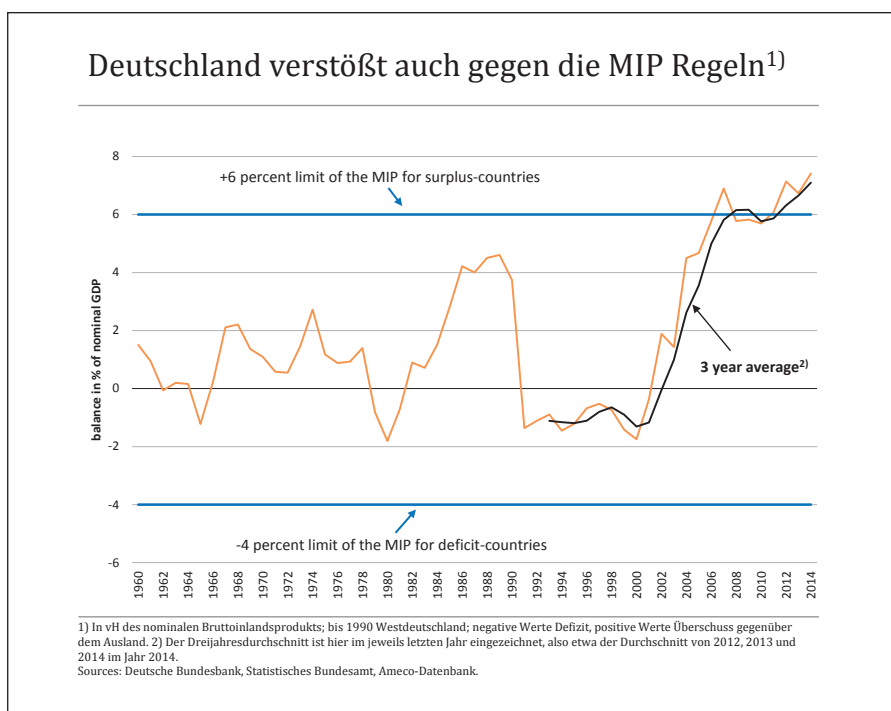
Wer hat sich denn an diese Regel gehalten, und wer hat sich nicht daran gehalten? Sie sehen das an dieser Grafik: Ziel war eine Inflationsrate von 1,8 oder 1,9 %. Das Land, das sich daran gehalten hat, liegt hier auf der schwarzen Linie: Frankreich. Frankreich hat sich genau an die Regeln gehalten. Die, die darüber liegen – sehen Sie den Sünder da oben? Griechenland. Auch: Spanien, Italien. Was haben die gemacht? Sie haben über ihre Verhältnisse gelebt. Ihre Löhne sind im Verhältnis zu ihrer eigenen Produktivität zu stark gestiegen. Man hat sich an seine eigenen Verhältnisse anzupassen, nicht etwa an die eines anderen Landes. Nur daran. Und dann sehen Sie da unten diese komische



blaue Kurve: Deutschland. Wir haben uns ebenfalls nicht an unsere eigene Produktivitätsentwicklung angepasst, sondern deutlich unter unseren Verhältnissen gelebt. Das kann auch gar nicht anders sein, denn wenn einer über seine Verhältnisse lebt, die ganze Region aber nicht über ihre Verhältnisse lebt, dann muss es mindesten einen geben, der unter seinen Verhältnissen bleibt. Das ist furchtbar logisch. Das vergisst Herr Sinn leider immer, der den unteren Teil der Tabelle ausblendet und nur auf die Sünder weist, die über ihre Verhältnisse leben, und der das

Land unter dem Strich vergisst. Die Währungsunion insgesamt hat ja ihr 2%-Ziel erreicht. Nach 10 Jahren Währungsunion im Jahr 2010 hat man das gefeiert. Nur: das war leider der Durchschnitt. Die einen lagen weit darunter, die anderen weit darüber. Ich sage immer: Wenn ich mit dem Hintern auf der heißen Herdplatte sitze und mit den Füßen im Eiswasser, dann ist das im Durchschnitt in Ordnung. Aber es geht mir trotzdem nicht so gut.

Also: Im Durchschnitt sind wir wunderbar, aber es gibt diese Riesenlücke.



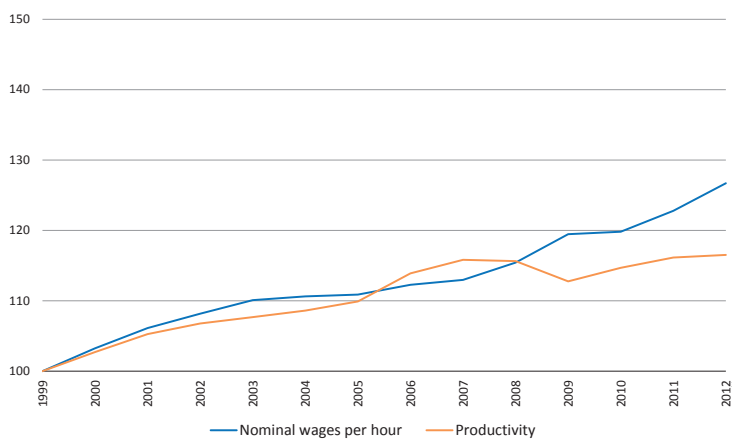
Und das bedeutet, wenn Produkte 1999 überall in der EU im Durchschnitt 100 € gekostet haben, dann kosten sie jetzt in Italien über 140 € und in Frankreich 130 € und in Deutschland 115 €. Das ist ein Problem, weil die Menschen in Europa eher die billigen Produkte und nicht die teuren kaufen. Also haben sie viele deutsche Produkte gekauft, und Deutschland hat wenig Produkte im Ausland gekauft.

Ich will ihnen noch einen Regelverstoß aufzeigen: Deutschland hat besonders viel exportiert, wenig importiert, hat also einen Leistungsüberschuss. Nun hat Deutschland eine geniale Regel in Europa eingeführt, die MIP-Regel: Macroeconomic Imbalance Procedure. Sie bedeutet: die Überschussländer sollen erst bei 6% bestraft werden, die Defizitländer schon bei 4%. Überschuss und Defizit gleichen sich ja aus: Bezogen auf die Welt ist der Überschuss der einen immer das Defizit der anderen. Aber selbst diese 6%-Marke, diese irre asymmetrische Linie wird jetzt überschritten von Deutschland: In diesem Jahr liegen wir bei 8,5%. »Alle müssen sich an die Regeln halten«? Das ist der deutsche Standardanspruch.

Nun sagen manche, na ja, Deutschland ist ja auch so produktiv. Das glauben Sie sicher auch. Es stimmt aber nicht. Die Produktivität ist in Frankreich über die Jahre von 100 auf 115 gestiegen. Die Löhne sind genauso gestiegen, plus 2%.

## Und Deutschland

Nominal wages and productivity, Germany (1999=100)



Anmerkungen: 1) Definiert als nominale Einkommen der abhängig Beschäftigten geteilt durch die Arbeitsstunden der abhängig Beschäftigten mal Anzahl der abhängig Beschäftigten. 2) Definiert als reales BIP geteilt durch Arbeitsstunden aller Beschäftigten mal Anzahl aller Beschäftigten. 3) 2012er Werte für Arbeitsstunden der Beschäftigten geschätzt anhand von Destatis Daten. Quelle: AMECO Datenbank (Stand Nov-12); OECD Datenbank (Stand Apr-13); eigene Berechnungen

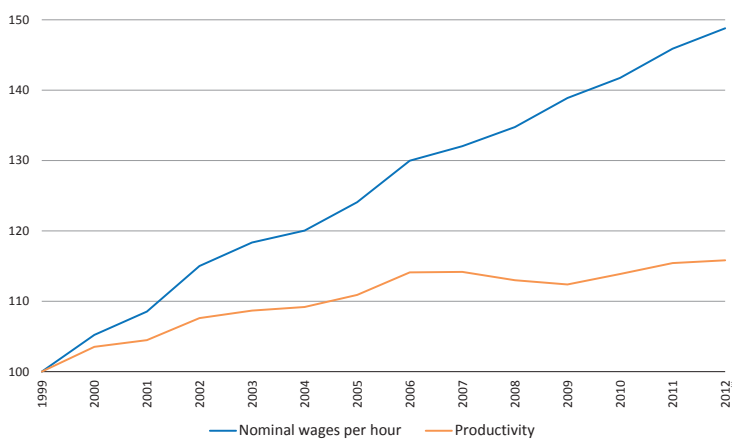
Sehen Sie im Vergleich dazu die deutsche Entwicklung: Deutschland hat trotz Steigerung der Produktivität genau wie in Frankreich die Löhne nicht entsprechend angehoben und hat sich dadurch einen Vorteil verschafft, es ist dadurch billiger geworden. Und da man in der Währungsunion nicht mehr abwerten und aufwerten kann, behält man diesen Vorteil.

Was folgt daraus? Es gibt zwei Möglichkeiten, wie man dieses Problem

beseitigen könnte: Die Länder, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, müssen runter, oder diejenigen, die darunter geblieben sind, müssen rauf. Aber was hat Deutschland den anderen Ländern verordnet? Man sieht es hier an Griechenland: Man senkt die Löhne und zieht sie auf die 2% Linie herunter. Ziemlich absurd: Frau Merkel hat gesagt, alle Länder müssen wettbewerbsfähig werden. Das ist so ähnlich, als wenn man sagen wollte: am Samstag müssen alle Fußballmannschaften gewinnen. Aber es können nicht alle in dieser Welt wettbewerbsfähiger werden. Denn Wettbewerbsfähigkeit ist ein relatives Konzept: es bedeutet im Vergleich zu einem Anderen. Wir können alle produktiver werden, wir können alle reicher werden, aber wir können nicht alle wettbewerbsfähiger werden. Aber Frau Merkel hat gesagt, die Länder, die über ihre Verhältnisse gelebt haben, sollen alle ihre Kosten reduzieren – und wir hier in Deutschland ändern bei uns gar nichts. Die Europäische Kommission hat endlich – nachdem sie nach immerhin rund 17 Jahren gemerkt hat, was los ist – vor einer Woche gesagt, nun müssen wir alle etwas tun, und natürlich müssen die Überschussländer etwas Besonderes tun, nämlich dafür sorgen, dass die Löhne steigen. Wissen Sie, wer in Deutschland als erster dagegen protestiert hat, und zwar ganz heftig? Der DGB. In einem Brief an Frau Merkel hat man sich heftig

## Frankreich im Detail

Nominal wage and productivity, France (1999=100)



Anmerkungen: 1) 2012er Werte für Arbeitsstunden der Beschäftigten geschätzt anhand von AMECO Daten. Quelle: AMECO Datenbank (Stand Nov-12); OECD Datenbank (Stand Apr-13); eigene Berechnungen



dagegen gewehrt und gesagt: Wir wollen uns nicht über die Wettbewerbsfähigkeit unterhalten.

Was passiert, wenn die anderen die Löhne senken, haben wir ja gerade in Griechenland gesehen. Die realen Löhne in Griechenland, Euro pro Stunde, waren bei 13 Euro und liegen jetzt noch bei 11, eine dramatische Senkung. Was dann passiert, wissen alle Menschen, aber kaum Ökonomen. Herr Sinn weiß es ganz bestimmt nicht. Die Arbeitslosigkeit steigt nämlich bei sinkenden Löhnen und sinkt nicht, wie das die normalen Ökonomen in einem funktionierenden Markt erwarten würden. Warum? Weil die Binnennachfrage sinkt. Die Leute vernichten durch die Lohnsenkung ihre eigenen Arbeitsplätze. Das ist im Modell von Herrn Sinn nicht vorgesehen, weil Nachfrage bei ihm gar nicht vorkommt und kein Kriterium ist.

Das habe ich gestern Abend auf einer Gewerkschaftsversammlung gesagt. Die Gesichter können sie sich gar nicht vorstellen! Lohnsenkung vernichtet Arbeitsplätze! Jeder Gewerkschafter denkt: Oh, was habe ich denn da in den letzten 20 Jahren bloß gemacht? Ich habe dauernd Beschäftigungssicherungsverträge gemacht, und das heißt ja: Verzicht auf Lohn, damit

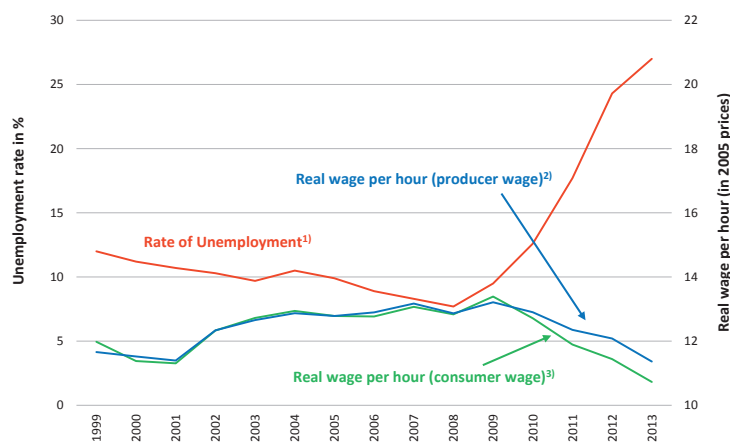
---

Unternehmer sind  
die schlechtesten  
Wirtschaftspolitiker

---

Arbeitsplätze erhalten bleiben. So denken Gewerkschaften, und deshalb hat der DGB auch protestiert. Diese Vorstellung ist ja auch richtig, wenn es um den einzelnen Betrieb geht. Wenn im einzelnen Betrieb die Löhne sinken, kann man seinen Umsatz verbessern. Aber wenn das alle tun, sinkt die Nachfrage. Da gibt es Riesenunterschiede zwischen der Einzel- und Gesamtbetrachtung. Deshalb sind Unternehmer die schlechtesten Wirtschaftspolitiker, die man sich denken kann. Von Juristen will ich mal nicht reden. Viele denken so wie die schwäbische Hausfrau – Herr Schäuble insbesondere. Der denkt wie ein Unternehmer, und das ist in fundamentalen Punkten falsch. Es kommt nämlich in Wirklichkeit immer das Gegenteil raus.

## Lohnsenkung und die Folgen: Griechenland



1) Unemployed in % of employed and unemployed persons; definition by Eurostat, left scale. 2) Compensation of employees per hour actually worked, deflated by the GDP-deflator, right scale. 3) Compensation of employees per hour actually worked, deflated by the deflator of private consumption, right scale.  
Source: Ameco (May 2013), values for 2013 estimates by the EU-Commission.

Zurück zu unserer Kurve: Wenn die Länder da oben jetzt wirklich da runter gehen, dann gibt es unvermeidlich Deflation. Wir können unser Inflationsziel nicht mehr erreichen, denn die Lohnstückkostensenkung bedeutet, dass wir – wie die Japaner 25 Jahre lang – Deflation haben. Nach 23 Jahren hat dort ein Premierminister Abe, der immer noch Premierminister ist, erkannt: Japan hat überhaupt kein Geldpolitik-Problem – also kein Problem, wie es die EZB es jetzt bekämpft. Sondern Japan hat ein Lohnproblem. Wir sind auf dem Weg dahin.

Griechenland ist nur eines der Probleme. Auch in anderen Ländern hat die Lohnsenkung dazu geführt, dass die Nachfrage gesunken ist und die Arbeitslosigkeit dramatisch gestiegen ist. Jetzt schauen Sie sich Italien und Frankreich in der Grafik an: Die haben in Sachen Lohnsenkung noch nichts unternommen. Wenn die damit anfangen wird es kritisch, weil auch dort die Arbeitslosigkeit steigen wird. Sie verstehen jetzt vielleicht, warum ich andeute, wer 2017 französische Präsidentin werden könnte? Wenn Frankreich die Lohnsenkung auch nur versucht, wird Marine le Pen Präsidentin und der Euro ist tot. Wenn der Euro tot ist, schießt die deutsche Kurve schnell nach oben, weil die andern aussteigen und abwerten. Dann schießt die DM in die Höhe und die deutsche Exportwirtschaft ist tot. Aber

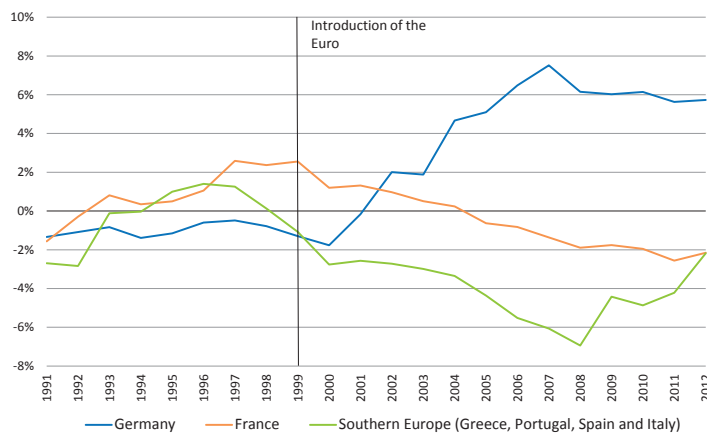
Frankreich und Italien können auch nicht so weiter machen. Denn mit dem 20% Abstand zu Deutschland können sie auch nicht existieren. Sie verlieren ja dauernd gegenüber Deutschland. Frankreich hat in China massiv in allen Bereichen gegenüber Deutschland verloren. Das geht nicht so weiter – in 10 Jahren hat Frankreich nichts mehr zu exportieren. Dann trinken die den ganzen Tag Rotwein und wir schicken ihnen die Güter, die wir produzieren, als Transferleistung. Ich lebe seit 15 Jahren in Frankreich, und ich kann Ihnen sagen: Die Franzosen wollen das nicht.

Damit kommen wir zu dem entscheidenden Punkt: Was passiert jetzt in der Eurozone? Deutschland hat einen Leistungsbilanzüberschuss, hat mehr exportiert als importiert, und die anderen Länder haben mehr importiert. Dazu mussten sie Kredite aufnehmen. Denn sie können sich ja nicht mehr leisten, als sie einnehmen, wenn sie keinen Kredit bekommen. Kredite bekam man sehr leicht. Das Ergebnis ist, dass wir in Deutschland auf einer riesigen Forderungsposition sitzen und die anderen auf einer riesigen Schuldenposition. Das ist ein Problem. Deshalb frage ich: Wer bringt den Euro um? Sind es die Schuldner, oder sind es die Gläubiger?

Ich will Ihnen diese wichtigen Konten erklären, die Finanzierungssalden. Das be-

## Was den Euro umbringt: Schulden und Schuldner?

Current account balance in % of GDP



Anmerkung: Negative Werte stellen ein Leistungsbilanzdefizit dar  
Quelle: AMECO Datenbank (Stand Nov-12); eigene Berechnungen

für pleite erklärt haben. Die Vorstellung hier ist, die Gläubiger sind die Guten und die anderen sind die Bösen. Der Schuldner ist schuld. Nein, es ist genau umgekehrt: Der Gläubiger ist schuld. Der Gläubiger hat sich einen Vorteil erschlichen. Indem wir die anderen in eine Währungsunion gelockt haben mit einem Inflationsziel von 2% und uns nicht daran gehalten haben.

Aber was sagen wir jetzt den anderen Ländern? Dasselbe wie oben beim Thema Wettbewerbsfähigkeit: Sie sollen alle ihre Schulden abbauen. Das ist aber gegen die Logik.

Jetzt kann man ja sagen, der Staat soll mehr Schulden machen – aber das ist gegen die Verfassung. Auch die deutschen Unternehmen wollen keine Schulden machen, sie sind inzwischen auch sparsam geworden. Die privaten Haushalte sparen sowieso.

Deutschland hat sich als Gläubiger einen Vorteil erschlichen

trifft Deutschland und die ganze Welt. Ich habe ja schon gesagt, der eine gibt weniger aus und der andere mehr. Die Sparer liegen immer über Null, sie geben weniger aus, als sie einnehmen. Aber auf der Welt bedeutet das, dass andere mehr ausgeben müssen als sie einnehmen. Der eine kann nicht sparen, wenn der andere sich nicht verschuldet. Sonst bricht die Wirtschaft in wenigen Monaten zusammen. In Deutschland hat sich ein Modell etabliert, in dem Staat, Unternehmen und private Haushalte alle sparen. Deshalb stellt sich Frau Merkel

hin und sagt, wir machen Wachstum ohne Schulden. Dabei vergisst sie leider die Schulden der anderen, die wir brauchen, damit das funktioniert. In absoluten Zahlen gerechnet bedeutet das, die deutschen Haushalte und Unternehmen und der Staat versuchen in diesem Jahr, über 250 Milliarden neu zu sparen, also zusätzlich zu all den Ersparnissen, die es schon gibt. Dafür brauchen wir logischerweise 250 Milliarden neue Schulden irgendwo im Rest der Welt. Sie sehen, warum das nicht geht: Weil wir inzwischen die anderen alle

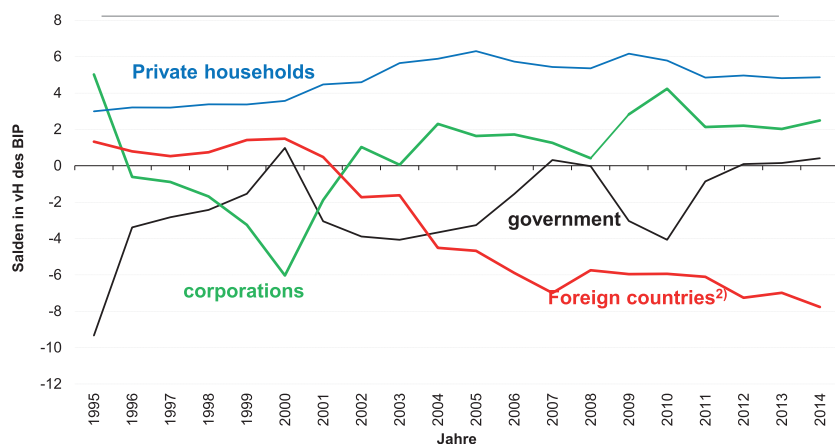
Ich habe hier noch ein interessantes Bild: Deutschland in den 1960er Jahren. Da hatten wir noch eine normal funktionierende Marktwirtschaft. Damals haben sich die deutschen Unternehmen verschuldet, während Staat und private Haushalte um die Null herum lagen. Das war eine vernünftig funktionierende Marktwirtschaft, das war Wirtschaftswunder. Die haben wir jetzt so verdreht, dass wir nur noch das Ausland als Schuldner haben – aber das erklären wir gleichzeitig für pleite.

Die tollste Variante haben sich die Ökonomen ausgedacht, die sagen, wir müssen das ja machen, weil Deutschland so altert. Weil wir altern und nicht so viele Kinder haben, müssen wir unsere Ersparnisse in Länder exportieren, die sozusagen jünger sind, eine jüngere Bevölkerung haben. Das hat zwei kleine Probleme: Zum einen müssten wir an die Euros, die wir da exportieren, dranschreiben: »bitte nur investieren«. Aber was wird damit gemacht?

Die Ausländer haben zum Beispiel unsere Autos gekauft, aber Autos produzieren nichts. Das zweite Problem ist, dass wir mit den Ländern, denen wir unser Ersparnisse sozusagen anvertraut haben, Wett-

## Oder etwa der Gläubiger?

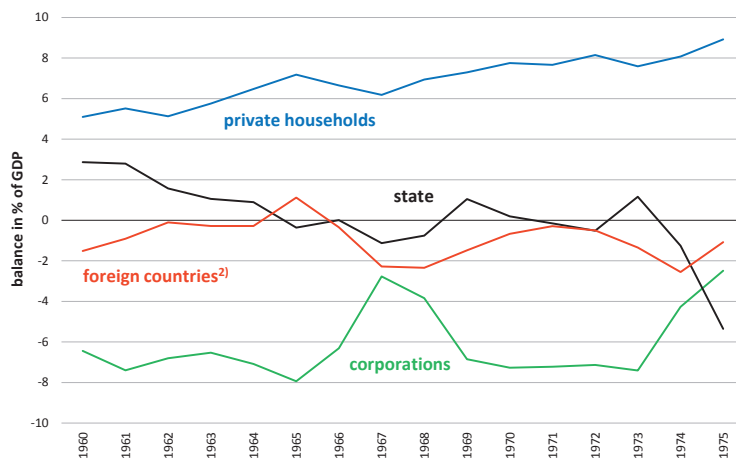
Deutschland 1995 - 2014



<sup>1)</sup> In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. <sup>2)</sup> Negative Werte bedeuten Verschuldung des Auslands in Deutschland  
Quelle: Ameco Datenbank.

## Die sechziger Jahre?<sup>1)</sup>

Western Germany 1960 - 1975



1) In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. 2) Negative Werte bedeuten Verschuldung des Auslands in Westdeutschland.  
Sources: Deutsche Bundesbank, Ameco Datenbank.

kampf der Nationen machen und sie an die Wand drücken – aber sie sollen unsere Rente in 30 Jahren bezahlen.

So geht es nicht. Es gibt nur eine wirtschaftlich vernünftige Zukunft für Deutschland und Europa, wenn wir diesen Zusammenhang begreifen – den zwischen Sparen und Schulden machen. Aber wo wird dieser Zusammenhang in Deutschland diskutiert? In der Öffentlichkeit: nie. Der deutsche Finanzminister müsste jeden Tag herausgefordert werden, das zu diskutieren. Der kennt diesen Zusammenhang nämlich gar nicht. Ebenso wie einige Vorgänger, z. B. der, der mich rausgeworfen hat, Hans Eichel, ebenso Theo Waigel. Auch bei Steinbrück bin ich ziemlich sicher, dass es ihm nicht klar war. Das ist so, als wenn sie jemanden eine Operation am offenen Her-

zen machen lassen und der hat noch nie ein Skalpell in der Hand gehabt und weiß nichts über Anatomie. Herr Schäuble, der selbst Jurist ist, hat ja die Möglichkeit, beamtete Staatssekretäre einzustellen. Wenn ich Justizminister würde – natürlich würde ich das ablehnen, aber wenn ich es trotzdem würde, würde ich drei Topjuristen als beamtete Staatssekretäre holen. Wen hat der Jurist Herr Schäuble als Finanzminister berufen? Drei Topjuristen. Keine Ökonomen. Das geht nicht.

Und ich will Ihnen noch eine schreckliche Geschichte davon erzählen, dass man den Schuldner für schuldig erklärt und sagt, der Schuldner habe sich gefälligst selbst aus seiner Misere zu befreien. Die ist unglaublich bekannt geworden nach dem ersten Weltkrieg. Nach dem ersten

Weltkrieg haben die Siegermächte gesagt, Deutschland soll Reparationen bezahlen – aber niemals in die Lage kommen, Leistungsbilanzüberschüsse zu haben.

Erfolgreich sein in der Welt, das wollten die Alliierten nur selbst. Nur einer hat verstanden, dass das nicht geht: das war John Maynard Keynes. Er hat gesagt, wir können nicht von den Deutschen verlangen, dass sie Reparationen zahlen und gleichzeitig verhindern, dass sie auf den Märkten der Welt erfolgreich sind. Hinterher haben das auch Andere begriffen – und noch Andere, die es dann ganz schrecklich ausgenutzt haben. Wenn man Unmögliches verlangt, dann wird das passieren, was immer in der Welt passiert ist, wenn Unmögliches verlangt wurde: das Ding explodiert. Weil es keine Lösung gibt.

Die einzige Lösung ist, dass die Löhne in Deutschland in den nächsten 10 bis 15 Jahren sehr viel stärker steigen als in den anderen Ländern der EU. Dass wir also bewusst auf unsere Wettbewerbsfähigkeit verzichten, die wir uns mühsam durch Gürtel-enger-Schnallen geschaffen haben – das müssten wir schaffen. Aus historischer Sicht muss ich Ihnen allerdings sagen: Das hat bisher noch niemand geschafft. Es gab unzählige Krisen der gleichen Art, wo Überschuss-Länder sich hätten anpassen müssen und nicht der Schuldner – und das ist niemals passiert. Am Ende hat der Gläubiger trotzdem immer verloren, weil die Schuldner sich mit Gewalt wehren mussten. ■

Weiterführende Texte unter [www.flassbeck.de](http://www.flassbeck.de)